

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 18. Mai 1983

am Donnerstag, dem 19. Mai 1983

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Apel (SPD)	89, 90	Hinsken (CDU/CSU)	69, 70
Bastian (DIE GRÜNEN)	80	Dr. Hirsch (FDP)	21, 22
Becker (Nienberge) (SPD)	42, 92	Frau Hoffmann (Soltau) (CDU/CSU)	12, 13
Beckmann (FDP)	43, 44	Dr. Hüsch (CDU/CSU)	6, 7
Frau Blunck (SPD)	8	Dr. Hupka (CDU/CSU)	9, 32
Broll (CDU/CSU)	28, 29	Immer (Altenkirchen) (SPD)	16, 17
Buschfort (SPD)	54, 55	Jaunich (SPD)	66
Catenhusen (SPD)	103, 104	Dr. Jobst (CDU/CSU)	40, 41
Conradi (SPD)	86	Kastning (SPD)	52, 53
Dr. Czaja (CDU/CSU)	47, 48	Frau Kelly (DIE GRÜNEN)	73, 74
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	98, 99	Klein (Dieburg) (SPD)	30, 31
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	25	Dr. Klejdzinski (SPD)	87, 88
Drabiniok (DIE GRÜNEN)	95, 96	Kühbacher (SPD)	83, 84
Dreßler (SPD)	59, 60	Kuhlwein (SPD)	116, 117
Duve (SPD)	24	Dr. Lammert (CDU/CSU)	51
Eigen (CDU/CSU)	3	Dr. Laufs (CDU/CSU)	33
Dr. Enders (SDP)	85	Lennartz (SPD)	49, 50
Fiebig (SPD)	76, 77	Lowack (CDU/CSU)	10, 11
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	71, 102	Lutz (SPD)	64, 65
Frau Fuchs (Köln) (SPD)	61, 114	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	1, 2
Frau Gottwald (DIE GRÜNEN)	18, 19	Milz (CDU/CSU)	100, 101
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	14, 15	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	75, 97
Hecker (DIE GRÜNEN)	93, 94	Frau Odendahl (SPD)	109, 110
Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN)	105, 106	Pauli (SPD)	57, 58

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Potthast (DIE GRÜNEN)	81, 82	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	91
Reents (DIE GRÜNEN)	20, 72	Sieler (SPD)	45, 46
Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	36, 37	Frau Steinhauer (SPD)	62, 63
Repnik (CDU/CSU)	4, 5	Tillmann (CDU/CSU)	34, 35
Schäfer (Offenburg) (SPD)	26, 27	Toetemeyer (SPD)	23, 111
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	67, 68	Weinhofer (SPD)	56, 115
Schneider (Berlin) (DIE GRÜNEN)	38, 39	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	112, 113
Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)	107, 108	Zander (SPD)	78, 79

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	17

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD)** Wie beurteilt die Bundesregierung die Kaffeefahrten bzw. Werbefahrten für Verkaufsveranstaltungen von Direktvertriebsfirmen im Hinblick auf die Sicherung eines lauterer Wettbewerbs zwischen den Omnibusunternehmen, und wie steht sie zu der Auffassung, daß eine Kaffeefahrt ein nach dem Personenbeförderungsgesetz unzulässiger Gelegenheitsverkehr zum Zweck einer Verkaufsveranstaltung ist?
2. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD)** Wie beurteilt die Bundesregierung die Werbung für Kaffeefahrten im Hinblick auf eine mögliche Täuschung der Verbraucher über den Preis dieser Fahrten, wenn offensichtlich die Teilnehmer, die die angebotenen Waren zu weit überhöhten Preisen kaufen, die Fahrkosten für die nichtkaufenden Teilnehmer mitfinanzieren müssen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Verbraucher vor dieser Täuschung zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Abgeordneter
**Eigen
(CDU/CSU)** Ist nach Meinung der Bundesregierung der Vorwurf über die schlechte Qualität der nach Italien exportierten deutschen Agrargüter berechtigt, und in welcher Weise wird die Qualität deutscher Agrargüter für den Export sichergestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter
**Repnik
(CDU/CSU)** Hat die Bundesregierung über die sich ständig ausweitende Ölkatastrophe im Persischen Golf verlässliche Informationen, und liegen ihr Erkenntnisse über die umweltbelastenden Auswirkungen, die z. B. dadurch entstehen, daß bis zu 50 v. H. des Öls verdunsten, vor?
5. Abgeordneter
**Repnik
(CDU/CSU)** Ist zu befürchten, daß umweltbelastende Auswirkungen durch die Verdunstung auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten sind, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung gegebenenfalls ergriffen, um auf die unverzügliche Beseitigung der Ursache der Ölkatastrophe zu drängen?
6. Abgeordneter
**Dr. Hüsch
(CDU/CSU)** Welche Informationen liegen der Bundesregierung darüber vor, daß ein deutscher Bürger bei seinem Grenzübertritt in die Tschechoslowakei am 21. März 1983 von einem Vernehmungsbeamten geschlagen und daß ein zweiter Bundesbürger mit Schlägen bedroht wurde?

7. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Hat oder wird die Bundesregierung diesen Vorgang zum Anlaß nehmen, bei der tschechoslowakischen Regierung vorstellig zu werden und die Respektierung der Menschenrechte — körperliche Unversehrtheit — verlangen?
8. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Praxis amerikanischer Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) bekannt, deutschen Staatsangehörigen, die zu einem früheren Zeitpunkt ihren Wohnsitz in der DDR oder Berlin (Ost) hatten, vor Erteilung eines Visums für die USA einen gesonderten, umfangreichen Fragebogen vorzulegen und die Erteilung des Visums von der detaillierten Beantwortung des Fragebogens abhängig zu machen, und ist die Bundesregierung bereit, auf die verantwortlichen amerikanischen Stellen entsprechenden Einfluß zu nehmen, damit diese im Sinne einer Gleichbehandlung aller deutschen Staatsangehörigen auf ein Sonderverfahren bei der Erteilung von Visa für die Zukunft verzichten?
9. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft erteilen, wie viele Bürger der Sowjetunion deutscher Volkszugehörigkeit in den letzten fünf Jahren in ursächlichem Zusammenhang mit dem Ausreisebegehren und mit Demonstrationen wegen verweigerter Ausreise verhaftet und verurteilt worden sind und wie viele sich in Haft befinden?
10. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Falschinformation durch die türkische Regierung am Rande des Besuches des türkischen Außenministers in Bonn am 1. Februar 1983, wonach der seit September 1982 in türkischen Gefängnissen festgehaltene Student Thomas Reinl, dem zur Last gelegt wird, während eines Ferienaufenthaltes ein erst nachträglich als antik deklariertes Stück Stein in seinem Pkw transportiert zu haben, „voraussichtlich noch im März dieses Jahres mit einer Entlassung“ rechnen könne, und „die Sache an eine türkische Strafkammer verwiesen worden sei, deren Strafbefugnisse höchstens 15 Monate betrage“?
11. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Thomas Reinl in einer Verhandlung vom 27. April 1983, zu der er — kahlgeschoren — von acht Soldaten mit aufgepflanzten Seitengewehren in Ketten vom Gefängnis durch die Straßen vorgeführt wurde, zu 20 Monaten Haft und einer Geldstrafe verurteilt, eine Haftentlassung gegen Paßentzug oder Kaution abgelehnt und die Unterbringung in einer Tag und Nacht erleuchteten Zelle mit elf weiteren Häftlingen, denen ein gemeinsamer Kübel in der Mitte des Raumes zur „Benutzung“ zusteht, verfügt sowie Schreibverbot erteilt wurde?
12. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die bisherige Unterstützung Simbabwe von deutscher Seite nicht zuletzt damit zu begründen war, daß Simbabwe als Modell für demokratisch legitimierte Machtausübung durch eine schwarze Bevölkerungsmehrheit angesehen wurde, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Bestrebungen des Premierministers Dr. Mugabe, selbst unter massiven Menschenrechtsverletzungen den Einparteienstaat durchzusetzen?

13. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Soltau)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, nach denen der simbabwische Premierminister Dr. Mugabe Anfang April in Zhombe die Regierungstruppen ermuntert haben soll, sogar die Familienangehörigen derer zu töten, die den sogenannten „Dissidenten“ zu essen geben?
14. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung den Fortgang und den Stand der Bemühungen der Kontaktgruppe der fünf westlichen Staaten auf der Grundlage der VN-Resolution 435 zur Unabhängigkeitswerdung Namibias?
15. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP) Welche Auswirkungen hat der schleppende Fortschritt bei der Unabhängigkeitswerdung Namibias auf unsere Beziehungen zu schwarz-afrikanischen Staaten – insbesondere auf die sogenannten Frontstaaten im südlichen Afrika –, und wie soll seitens der Bundesregierung einem Vertrauensverlust entgegen gewirkt werden?
16. Abgeordneter
Immer (Altenkirchen)
(SPD) Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um die Entwicklungshelfer in den Ländern zu schützen, die von rechtsextremistischen Guerrilla-Organisationen militärisch mit dem Ziel eines politischen Umsturzes terrorisiert werden, indem sie rücksichtslos Mordtaten an unschuldigen Menschen begehen?
17. Abgeordneter
Immer (Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, bei den Regierungen von Honduras und den USA darauf zu dringen, daß bei den Interventionen gegenüber Nicaragua die Unverletzlichkeit deutscher Staatsbürger gewährleistet wird, und wird wegen der Ermordung deutscher Staatsbürger bei den Verursachern Protest erhoben?
18. Abgeordnete
Frau Gottwald
(DIE GRÜNEN) Sieht sich die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs in der Lage, die Tatsache zu beurteilen, daß die der Hans-Seidel-Stiftung nahestehende „Internationale Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie“ im März 1983 auf einer Pressekonferenz einigen führenden Mitgliedern der „Fuerza Democratica Nicaraguense“ (FDN) in Bonn die Gelegenheit gab, zum gewaltsamen Sturz der Regierung Nicaraguas aufzurufen, vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß diese Organisation für zahlreiche Morde in Nicaragua verantwortlich gemacht wird, so auch für den Mord an Albrecht Pflaum?
19. Abgeordnete
Frau Gottwald
(DIE GRÜNEN) Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, auf dem Hintergrund ihrer eigenen Verurteilung des Mordes an Albrecht Pflaum als „terroristischen Akt“ und der dazu konträr stehenden Einschätzungen von US-Präsident Reagan, der die „Fuerza Democratica Nicaragulense“ (FDN) als Freiheitskämpfer bezeichnet, die er verstärkt unterstützen wolle (s. NSP II, 5. Mai 1983), weiterhin über die Entscheidung der Fortsetzung bundesdeutscher Entwicklungshilfe für Nicaragua „mit Washington Kontakt zu halten“, wie der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 4. Mai 1983 in einem Interview mit der Westfälischen Rundschau erklärte?

20. Abgeordneter
Reents
(DIE GRÜNEN) Welche Rechte hat die Bundesregierung den USA im Rahmen des am 15. April 1982 unterzeichneten Regierungsabkommens „Wartime Host Nation Support“ eingeräumt, und in welchen Fällen internationaler Konflikte können die vereinbarten Rechte von den USA in Anspruch genommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

21. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Ist der Bundesregierung lückenlos bekannt, in welchen Betriebsstätten in der Bundesrepublik Deutschland die Chemikalie Dioxin hergestellt wird oder entsteht und in welchen Mengen?
22. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, zu welchen Zwecken Dioxin in der Bundesrepublik Deutschland verwendet wird und wo es gelagert beziehungsweise als Sondermüll abgelagert wird?
23. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD) Treffen die Anschuldigungen, die in Presseberichten gegen das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge veröffentlicht wurden, zu, daß sowohl Bundesnachrichtendienst als auch der Verfassungsschutz Einblick in Asylbewerberunterlagen erhalten und die darin enthaltenen Feststellungen unter Verletzung des Datenschutzes an fremde Geheimdienste weiterleiten, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun, um diesen offensichtlichen Mißstand zu beseitigen?
24. Abgeordneter
Duve
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die umstrittenen Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger während einer öffentlichen Veranstaltung am 18. Januar 1983 in Erding, wonach „Frieden und Freiheit“ für Minderheiten nicht wichtig sind, Gegenstand polizeilicher Vernehmungen waren, wobei die als Zeugen gehörten Journalisten zweier bayerischer Zeitungen die Äußerungen Sprangers bestätigt haben, und ist der Bundesinnenminister bereit, die von seinem Haus verbreiteten Dementis in dieser Angelegenheit zurückzuziehen?
25. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Bundesländern, ergreifen, um erneute neofaschistische Kundgebungen, wie sie am 1. Mai 1983 in Bad Bergzabern veranstaltet wurden, zu unterbinden?
26. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Hält Bundeskanzler Dr. Kohl an seiner 1975 geäußerten Auffassung fest, es widerspräche den Prinzipien des Beamtenrechts und der parlamentarischen Verantwortlichkeit, „wenn die Beamtenbesoldung lediglich den Tarifabschlüssen der Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes nachliefe“, vielmehr sei „ein auf objektive Orientierungsdaten gestütztes Verfahren zu entwickeln“, und welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen?

27. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Hält Bundeskanzler Dr. Kohl an seiner 1975 geäußerten Auffassung fest, daß das System der Beamtenbesoldung in vieler Hinsicht als brüchig erscheine und, um dem Leistungsprinzip gerecht zu werden, stärker als bisher auf „die Funktion des einzelnen Beamten abgestellt“ werden müsse, und welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen?
28. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Umweltverträglichkeit und Wirksamkeit des blei- und chromatarmen Rostschutzsystems SINOX und SINOFLEX des Oldenburger Lackherstellers BM-Chemie im Vergleich zu herkömmlichen Rostschutzmitteln?
29. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung getan bzw. denkt sie zu tun, um bei der Vergabe öffentlicher Aufträge einschließlich Bundesbahn diesem mit dem Umweltzeichen der Vereinten Nationen ausgestatteten Korrosionsschutz zum Durchbruch zu verhelfen?
30. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Steht die Praxis der Ausländerämter bei den Städten und Kreisverwaltungen, afghanische Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die in der Bundesrepublik Deutschland aber geduldet sind (Aussetzung der Abschiebung), zur Botschaft der Demokratischen Republik Afghanistan zu schicken, um sich dort einen afghanischen Reisepaß ausstellen zu lassen, im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 16 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes und mit dem Inhalt des Asylverfahrensgesetzes, nach dem politisch Verfolgte in der Bundesrepublik Deutschland Asyl genießen?
31. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung gegebenenfalls initiativ werden, um eine solche Praxis für die Zukunft auszuschließen?
32. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie viele Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit befinden sich in der Bundesrepublik Deutschland und wie viele haben seit dem 13. Dezember 1981 (Verhängung des Kriegsrechtes in der Volksrepublik Polen) um Asylgewährung nachgesucht?
33. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse wurden aus der Sicht des Strahlenschutzes bei der Entsorgung des Nuklearschiffes „Otto Hahn“ gewonnen, und lassen sich diese Erfahrungen bei der Stilllegung und Entsorgung von ortsfesten Kernkraftwerken nutzen?
34. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den beim kürzlich in Stuttgart veranstalteten Symposium der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung und des Walter-Eucken-Instituts geforderten Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumentarien im Umweltschutz, die sich nach Pressemeldungen auch nach dem Ergebnis einer vom Bundesinnenministerium begonnenen wissenschaftlichen Studie empfehlen, und hält die Bundesregierung die zügige Umsetzung entsprechender Vorschläge in die Praxis für möglich?

35. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die bei dem Stuttgarter Symposium von Professor Niesslein vorgetragene Forderung, die Verordnung über Großfeuerungsanlagen so umzugestalten, daß sogenannte SO₂-Emissionszertifikate ausgegeben werden, noch realisierbar ist, oder würde sich dadurch, falls die Bundesregierung eine solche Maßnahme überhaupt für sinnvoll hält, die Verabschiedung der Verordnung unvertretbar lange verzögern?
36. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Kunden-Computer-Daten der großen Versandhäuser (Neckermann, Otto, Quelle) besonders schutzwürdige persönlichkeitsbezogene Daten darstellen („Kundenprofile“ anhand der über Jahre gesammelten Daten über Bestellungen und über Bezahlung) und daß deshalb nach geltendem Bundesrecht keinerlei Weiterverkauf dieser Daten erfolgen darf, und wenn nein, wird die Bundesregierung eine Initiative mit dem Ziel ergreifen, den Weiterverkauf derartiger Daten zu verbieten?
37. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN) Kann die Bundesregierung ausschließen, daß die Kunden-Computer der großen Versandhäuser bereits von Bundesbehörden angezapft wurden, z. B. bei Rasterfahndungen?
38. Abgeordneter
Schneider
(Berlin)
(DIE GRÜNEN) Sieht die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs eine Möglichkeit, daß der türkische Filmregisseur Yilmaz Güney (Pütün) bei der Vorführung seines Films „Yol“ am 29. Mai 1983 persönlich anwesend sein kann, ohne Folgen für seine persönliche Sicherheit befürchten zu müssen?
39. Abgeordneter
Schneider
(Berlin)
(DIE GRÜNEN) Kann die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs garantieren, daß Yilmaz Güney zu diesem Termin einreisen, sich in der Bundesrepublik Deutschland frei bewegen und dann wieder nach Frankreich ausreisen kann, ohne von deutschen Behörden festgenommen zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

40. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftliche Lage der Kartoffelbrennereigenossenschaften in den landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten, z. B. in Nord- und Ostbayern, angesichts der Kürzung der Brennrechte auf 80 v. H. und des weiter rückläufigen Absatzes an Spirit?
41. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Brennrechte dieser Brennereien wieder auf 100 Prozent zu erhöhen, auf jeden Fall aber eine weitere Kürzung unter 80 v. H. zu verhindern, und ihre Entscheidung umgehend bekanntzugeben, damit die Mitglieder der ländlichen Kartoffelbrennereigenossenschaften rechtzeitig für 1984 ihren Anbau planen können?

42. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer Haushaltsüberlegungen für 1983 ein langfristig staatlich mitfinanziertes Beschäftigungsprogramm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Bereichen Umweltschutz-, Verkehrs- und Forschungspolitik vorlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

43. Abgeordneter
Beckmann
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Plan des Kohleausschusses der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen vom 19. März 1982 zur Schaffung eines „ECE-Koordinationszentrums für Kohlevergasung und -verflüssigung“, und ist sie bereit, sich für ein solches Vorhaben einzusetzen?
44. Abgeordneter
Beckmann
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, zur Verwirklichung eines solchen Plans der ECE einen Standort in der Bundesrepublik Deutschland anzubieten?
45. Abgeordneter
Sieler
(SPD)
- Ist es richtig, daß sich die Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung gegenüber dem Freistaat Bayern zur Übernahme der halben Kosten verpflichtet hat, die aus Anlaß der strukturellen Neuordnung der deutschen Stahlindustrie im Konzept Maxhütte in Brüssel vorgelegt und enthalten sind?
46. Abgeordneter
Sieler
(SPD)
- In welches Konzept und mit welcher Konsequenz beabsichtigt die Bundesregierung, die Maxhütte gemäß Koalitionsvereinbarung einzubinden?
47. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wie lange sind die Karenz- und Bearbeitungsfristen, die zu einer Verlagerung von Schadenszahlungen aus außenwirtschaftlichen Gewährleistungen des Bundes in das jeweils folgende Haushaltsjahr führen, und wie hoch werden solche Verlagerungen aus 1983 nach 1984 geschätzt?
48. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß hohe Schadenszahlungen für verbürgte Kredite an RGW- und andere Staatshandelsländer nachträglich Subventionierungscharakter für dorthin erfolgte Lieferungen und Leistungen bekommen?
49. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) Investitionen von rund 5 Milliarden DM für den Ersatz- bzw. Neubau der bereits genehmigten Kohlekraftwerke Neurath und Goldenbergwerk wegen fehlender Klarheit über die Auflagen und den Zeitpunkt der Verabschiedung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung zurückhalten?
50. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Sind der Bundesregierung weitere Fälle bekannt, in denen Elektrizitätsunternehmen Investitionen im Bereich des Ersatz- bzw. Neubaus von Braun- und Steinkohlekraftwerken mit der gleichen Begründung zurückhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

51. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, gesetzliche Rahmenbedingungen zur Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen einzubringen, und welche der in den verschiedenen westeuropäischen Ländern gegenwärtig schon praktizierten staatlichen Förderungen oder Begünstigungen für arbeitsvertragliche Regelungen kommen nach Einschätzung der Bundesregierung auch für die Bundesrepublik Deutschland in Betracht?
52. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, das Benachteiligtenprogramm aufzustocken?
53. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen des Gesetzes über „Bildungshilfen für junge Arbeitslose“ mehr Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen?
54. Abgeordneter
Buschfort
(SPD)
- Wie ist die durchschnittliche Wartezeit der ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen für ein Beratungsgespräch innerhalb der Berufsberatung der Arbeitsämter?
55. Abgeordneter
Buschfort
(SPD)
- Gibt es einen Runderlaß des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, mit dem den Jugendlichen, die sich wegen eines Ausbildungsplatzes an den Bundeskanzler gewandt haben, unverzüglich ein Beratungsgespräch anzubieten ist, und wenn ja, bedeutet diese Vorzugsbehandlung nicht ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz?
56. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD)
- Wie sieht die Bundesregierung die Chancengleichheit aller Bewerber für Ausbildungsstellen gewährleistet, angesichts der Tatsache einer internen Verwaltungsanweisung an die Arbeitsämter, diejenigen Bewerbungen vorrangig zu bearbeiten, die auf Grund der „Ausbildungsplatzgarantie“ des Bundeskanzlers direkt an ihn gerichtet wurden und vom Bundeskanzleramt an die Arbeitsämter weitergeleitet wurden?
57. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Hat die Bundesregierung an die Bundesanstalt für Arbeit die Anweisung gegeben, Ausbildungsplatzgesuche von Jugendlichen, die dieserhalb persönlich an den Bundeskanzler geschrieben haben, bevorzugt zu behandeln, wie dies offensichtlich aus einem Schreiben der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg an alle Arbeitsämter und Landesarbeitsämter vom 22. März 1983 zu entnehmen ist, und sieht die Bundesregierung hierin nicht möglicherweise einen Verstoß gegen das Gleichbehandlungsprinzip?
58. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in Form und Inhalt des Schreibens der Bundesanstalt für Arbeit vom 22. März 1983 an alle Arbeitsämter und Landesarbeitsämter, insbesondere in dem Passus 3.1., worin es heißt, „Soweit Jugendliche die Berufsberatung bisher noch nicht in Anspruch genommen

- haben, ist ihnen unter Bezug auf ihr an den Bundeskanzler gerichtetes Gesuch unverzüglich ein Beratungsgespräch anzubieten“, einen Verstoß gegen das Freiwilligkeitsgebot der Inanspruchnahme der Leistungen des Arbeitsamts, und sieht die Bundesregierung im Bekanntwerden des Inhalts des Gesuchs nicht eine Verletzung des Briefgeheimnisses und Gefahr für die freie politische Betätigung?
59. Abgeordneter
Dreßler
(SPD) Hat die Bundesanstalt für Arbeit durch kurzfristige Stellenumbesetzungen das Personal in der Berufsberatung der Arbeitsämter aufstocken können, um in die Lage gesetzt zu sein, die Beratung der Jugendlichen, die sich wegen eines Ausbildungsplatzes an den Bundeskanzler gewandt hatten, zu bewerkstelligen, ohne die anderen Jugendlichen zu benachteiligen?
60. Abgeordneter
Dreßler
(SPD) Wird die Bundesanstalt für Arbeit dem Herrn Bundeskanzler über die bevorzugte Beratung jener Jugendlichen, die sich an ihn wegen eines Ausbildungsplatzes gewandt hatten über den Erfolg der Bemühungen berichten, und in welchen Zeitabständen wird dies gegebenenfalls geschehen?
61. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Köln)
(SPD) Welche zusätzlichen Mittel hat die Bundesregierung im Haushalt 1983 gegenüber dem Haushalt 1982 zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt, und um welche Maßnahmen handelt es sich dabei?
62. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) Wie hoch beziffert die Bundesanstalt für Arbeit die Sonderkosten der bevorzugten Beratungsaktion jener Jugendlichen, die sich wegen eines Ausbildungsplatzes an den Bundeskanzler gewandt hatten, und wird sie gegebenenfalls Sonderaktionen von Ministerpräsidenten, Landräten, Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Bundestagsabgeordneten in gleicher Weise flankieren?
63. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) Befürchtet die Bundesregierung Nachteile für jene Jugendlichen, die sich nur an das Arbeitsamt und nicht an den Bundeskanzler wegen eines Ausbildungsplatzes gewandt haben, und wird sie solche gegebenenfalls durch Dienstaufsicht abstellen?
64. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Ist das Rundschreiben des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, das den Arbeitsämtern die bevorzugte Beratung jener Jugendlichen zur Pflicht macht, die sich wegen eines Ausbildungsplatzes an den Bundeskanzler gewandt hatten, mit der Selbstverwaltung abgestimmt oder zumindest erörtert worden?
65. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Wieviel Jugendliche sind schon in den Genuß der bevorzugten Beratung, die sich aus dem Rundschreiben IIa3 — 6404/6310/6326/6702 ergibt, gekommen, und wie hoch ist der Prozentsatz jener, die so bereits in einen Ausbildungsplatz vermittelt werden konnten?

66. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) Ist der Runderlaß des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit mit der Anweisung an die Arbeitsämter, Jugendlichen, die sich an den Bundeskanzler gewandt haben, im Gegensatz zu allen anderen Jugendlichen unmittelbar zu beraten, nicht ein Verstoß gegen die Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit?
67. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Trifft es zu, daß die persönlich an den Bundeskanzler gerichteten Briefe Jugendlicher und ihrer Eltern mit Bitten um einen Ausbildungsplatz im Wortlaut an Regierungsstellen der Länder, Industrie- und Handelskammern, Arbeitsämter weitergeleitet wurden?
68. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Trifft es weiterhin zu, daß diese Briefe sehr persönliche Bekenntnisse enthielten, z. B. auch politischer Art, und wie verträgt sich die Weiterleitung mit dem Persönlichkeitschutz der Jugendlichen und ihrer Eltern, falls das Einverständnis zur Weiterleitung nicht eingeholt wurde?
69. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) In wieviel Ländern gibt es Außenstellen der Bundesanstalt für Arbeit und wieviel Kosten sind seit 1980 dadurch angefallen?
70. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß in der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg 300 Mitarbeiter für im Ausland arbeitende Deutsche zuständig sind, und welche Aufgaben werden von diesen Mitarbeitern erfüllt?
71. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, wie hoch der Prozentsatz der Firmenzusammenbrüche ist, die dadurch ausgelöst werden, daß öffentliche Sozialkassen ihre Forderungen weit schneller geltend machen als private Gläubiger, obwohl die öffentlichen Sozialkassen zu den bevorrechtigten Gläubigern im Sinne des Konkursrechtes gehören, und wenn ja, zieht die Bundesregierung in Erwägung, daraus Folgerungen für eine Änderung des Konkursrechts zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

72. Abgeordneter
Reents
(DIE GRÜNEN) Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis von Planung, Entwicklung und Erprobung der sowjetischen Mittelstreckenraketen mit der Typ-Bezeichnung SS 20, und worauf stützte sich die jeweilige Kenntnis?
73. Abgeordnete
Frau Kelly
(DIE GRÜNEN) Inwieweit geht die Bundesregierung davon aus, daß das zivile und militärische Kommunikationssystem im Krieg gegen die Wirkungen von nuklearen elektromagnetischen Impulsen geschützt werden kann, und in welcher Weise hält die Bundesregierung solchen Schutz für realisierbar?

74. Abgeordnete
Frau Kelly
(DIE GRÜNEN) Welche Menge der chemischen Kampfstoffe Sarin bzw. VX entspricht bei den durchschnittlichen Wetterverhältnissen der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Vergiftungswirkung gegen die Zivilbevölkerung einer Atomwaffe der Sprengkraft von 10 Kilotonnen bei typischer Luftexplosion (entsprechend etwa der Hiroshima-Bombe)?
75. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN) Kommen 1985 oder zu irgend einem anderen Zeitpunkt Pershing II zum FKG II nach Geilenkirchen, und ist die Bundesregierung darüber informiert, daß ein Umbau in die Pershing II möglich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

76. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Asthma- und Kreislaufmittel Ephedrin der Firma Knoll (Preis DM 2,88) rezeptfrei in Apotheken gekauft werden kann und von drogenabhängigen Menschen in Verbindung mit Alkohol als Droge mißbraucht wird?
77. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Medikamentenabusus von Ephedrin zu unterbinden?
78. Abgeordneter
Zander
(SPD) Zu welchem Ergebnis haben die vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Dr. Geißler, angekündigten Bemühungen geführt, daß die als „Wunderquelle“ bekanntgewordene Quelle in der südpfälzischen Gemeinde Ranschbach als Heilquelle anerkannt wird und die Gemeinde sich als Heilbad bezeichnen darf?
79. Abgeordneter
Zander
(SPD) Wann wird der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Dr. Geißler, das am 23. Februar 1983 in der „Bild“-Zeitung angekündigte Sofortprogramm für die sogenannte „Wunderquelle“ von Ranschbach vorlegen?
80. Abgeordneter
Bastian
(DIE GRÜNEN) Auf Grund welcher Überlegungen hat die Bundesregierung es für richtig gehalten, im Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes vom 16. Dezember 1982 die Dauer des Zivildienstes auf 20 Monate heraufzusetzen, obwohl die durchschnittliche Dauer der vom Wehrpflichtigen im Anschluß an den 15monatigen Grundwehrdienst geleisteten Wehrübungen nur sieben Tage und damit nur rund 1/20 der dem Zivildienstleistenden zugemuteten Mehrbelastung beträgt, wie der Bundesverteidigungsminister in seiner Antwort vom 6. Mai 1983 auf meine Anfrage vom 25. April 1983 bestätigt hat?
81. Abgeordnete
Frau Potthast
(DIE GRÜNEN) Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß 70 v. H. der Sozialhilfeempfänger Frauen sind?
82. Abgeordnete
Frau Potthast
(DIE GRÜNEN) Was gedenkt die Bundesregierung an Sofortmaßnahmen zu tun, um diesen eklatanten Mißstand zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

83. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Unterstützt die Bundesregierung Pläne des Bundesbahnvorstands, die Bundesbahnschule in Braunschweig zu schließen?
84. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Sprechen wirtschaftliche Gründe nicht für den Erhalt einer Bundesbahnschule in Braunschweig im Vergleich zu übrigen Einrichtungen im Bundesgebiet, und ist eine eventuelle Schließung nicht auch im Gegensatz zum Zonenrandförderungsgesetz zu sehen?
85. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Steht die Bundesregierung noch zu der Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Schulte in der Fragestunde vom 24. November 1982, wonach die Bundesregierung auf die Anliegen des Zonenrandgebiets besonders achten wird, und wie verträgt sich diese Aussage mit der geplanten Schließung der Bundesbahnschule in Bebra und dem weiteren Verlust von vier Arbeitsplätzen durch die Verlegung von acht Elektrolokomotiven von Bebra weg?
86. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wann ist mit der seit nunmehr zehn Jahren geplanten Einführung fälschungssicherer Kraftfahrzeugkennzeichen zu rechnen, und welches sind die Gründe für diese lange Bearbeitungszeit?
87. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß alliierte Munitionstransporte nicht den Bestimmungen der Gefahrgutverordnung Straße unterliegen, und wenn ja, inwieweit unterscheidet sich diese Vorschrift von den Festlegungen im NATO-Truppenstatut und deren Zusatzabkommen?
88. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Hält die Bundesregierung es nicht für bedenklich, daß Gefahrgut in alliierten Fahrzeugen nach weniger strengen Vorschriften in der Bundesrepublik Deutschland transportiert werden darf und damit die Bevölkerung einem höheren Risiko ausgesetzt wird als nach deutschem Recht, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen diese latente Gefährdung der Bevölkerung zu veranlassen?
89. Abgeordneter
Dr. Apel
(SPD) Hat die Bundesregierung vor ihrer Zustimmung zur Erhöhung der zoll- und steuerfreien Dieselmengen von 50 Liter auf 200 Liter bei der Einfahrt von Lastkraftwagen in die Bundesrepublik Deutschland von unseren EG-Partnern verbindliche Zusicherungen erhalten, die zu einer Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen der europäischen Seehäfen an der Nordsee führen?
90. Abgeordneter
Dr. Apel
(SPD) Wie will die Bundesregierung verhindern, daß durch ihren einseitigen Schritt etwa 2500 Arbeitsplätze allein in der Hamburger und Bremer Hafenwirtschaft dadurch gefährdet werden, daß sich durch die Erhöhung der Tankfreimengen eine Verbilligung von mindestens 6 DM pro Tonne bei vergleichbaren Transporten zugunsten der Rhein-Mündungshäfen ergibt?

91. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft geben über Planung beziehungsweise Stand der Entwicklung leistungsfähiger und fahrgastfreundlicher Nebenbahnfahrzeuge für einen kostensparenden und gleichwohl benutzungsfördernden Einsatz auf Bundesbahnnebenstrecken sowie über die Sicherung der Finanzierung des Einsatzes solcher Fahrzeuge?
92. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Wie viele Autobahn-Kilometer und wie viele Kilometer Bundesstraße werden im Jahre 1983 fertiggestellt oder befinden sich im Baustadium?
93. Abgeordneter
Hecker
(DIE GRÜNEN) Hält die Bundesregierung es für vertretbar auf der Basis der völlig veralteten Planung des sogenannten Feldbergzubringers im Bereich Oberursel/Ts. — Hohemark — Kronberg (B 455 neu oder A 661), die ökologische Belange nicht oder ungenügend berücksichtigt, dieses Projekt weiterzuverfolgen?
94. Abgeordneter
Hecker
(DIE GRÜNEN) Ist die Bundesregierung bereit, eine Überprüfung des Bedarfs und der Umweltverträglichkeit vorzunehmen mit dem Ziel, größeren ökologischen Schaden von dem betreffenden Gebiet und seiner Umgebung abzuwenden?
95. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welche volkswirtschaftlichen Kosten (einschließlich Gesundheitswesen) dadurch entstanden sind, daß sich im Jahr 1982 im Bundesgebiet 348 652 Unfälle ereigneten, bei denen 11 594 Menschen starben, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Zahlen?
96. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN) Ist es nach ethischen, moralischen und christlichen Vorstellungen der Bundesregierung zu verantworten, trotz dieser Zahlen den Individualverkehr (sprich Auto) zu fördern und öffentliche Verkehrsmittel und die Deutsche Bundesbahn noch weiter einzuschränken?
97. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN) Ist die Bundesregierung bereit, die für eine behindertengerechte Gestaltung des Wagenangebotes der Deutschen Bundesbahn notwendigen Mittel aus dem Bundeshaushalt so kurzfristig zur Verfügung zu stellen, daß die erheblichen Kostenvorteile einer behindertengerechten Waggongestaltung noch in der laufenden Bauserie genutzt werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

98. Abgeordnete
Frau Dr. Däubler-Gmelin
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundespost z. B. im Bereich der Oberpostdirektion Stuttgart männliche und weibliche Bewerber im Verhältnis 2 : 1 als Nachwuchskräfte einstellt und damit in eklatanter Weise gegen § 611 a BGB verstößt?

99. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-
Gmelin**
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung ein der Einstellung vorangehendes Testverfahren, bei dem männliche Bewerber ab 260 Punkte und weibliche Bewerber erst ab einer Punktzahl von 390 für geeignet angesehen werden, und wird die Bundesregierung diese eindeutig geschlechtsdiskriminierenden Praktiken in ihrem Einflußbereich unverzüglich unterbinden?
100. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wird die Deutsche Bundespost bei Auftragsvergaben an die Wirtschaft, insbesondere an mittelständische Betriebe, die wirtschaftspolitische Linie des Bundeskanzlers mehr als bisher unter Beweis stellen?
101. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welche Aufgabenbereiche der Deutschen Bundespost eignen sich im Rahmen einer Auftragsvergabe nicht zur mindestens teilweisen Mitwirkung mittelständischer Betriebe?
102. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die in der Presse verbreitete Auffassung — z. B. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Mai 1983 — wonach die beabsichtigte Änderung der Fernmeldeordnung im Zusammenhang mit der Nutzung des öffentlichen Breitbandverteilnetzes die Betätigungsmöglichkeiten des Elektrohandwerks beeinträchtigen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

103. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Sind der Bundesregierung die Gründe der Androhung des Landes NRW bekannt, notfalls aus der gemeinsamen Forschungsfinanzierung des Bundes und der Länder auszusteigen, und wie wird sie auf diese Androhung reagieren?
104. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung angesichts ihrer hohen Beteiligung an der Förderung der Fraunhofer-Gesellschaft, daß künftig ein regionales Gleichgewicht der Forschungsaktivitäten erreicht wird?
105. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hickel**
(DIE GRÜNEN) Welche gentechnologischen Forschungsprojekte werden von der Bundesregierung zur Zeit gefördert?
106. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hickel**
(DIE GRÜNEN) Welche Langzeitriskien bezieht die Bundesregierung in ihre Überlegungen bei der Förderung dieser Forschungsprojekte ein?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

107. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung, daß die insbesondere aus Mitteln des Bundes geförderte Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) beabsichtigt, das Zentrallaboratorium für Mutagenitätsprüfung

- (ZLM) in Freiburg zum Jahresende zu schließen, obwohl sich die von der DFG bestellten Gutachter wie auch unabhängig davon die biologische Fakultät der Universität Freiburg und darüber hinaus auch zahlreiche Gelehrte und Sachkundige für die Erhaltung dieser Forschungsgemeinschaft ausgesprochen haben?
108. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, das Zentrallaboratorium für Mutagenitätsprüfung mit Rücksicht darauf weiterzuführen, daß eine Schließung die im Zentrallaboratorium angesammelten Kenntnisse und Erfahrungen zerstört und dies nicht damit vereinbar ist, daß Mutagenitätsprüfung eine der wichtigsten Voraussetzungen der Krebsprävention ist?
109. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, daß Eltern in Zeitungsanzeigen für eine Lehrstelle Prämien anbieten, und wie bewertet die Bundesregierung diese Tatsache?
110. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD)
- Wie hoch ist die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage bei den Ausbildungsstellen im Vergleich zum Vorjahr?
111. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Bedeutet die Forderung nach erhöhter Mobilität 15- bis 17jähriger Ausbildungsplatzbewerber nicht einen unzumutbaren und gefährlichen Verlust familiärer Bindungen?
112. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung die vom Bundeskanzler gegebene Ausbildungsplatzgarantie einhalten?
113. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, vor allem für die Regionen, in denen kein quantitativ ausreichendes und genügend differenziertes Angebot an Ausbildungsplätzen vorhanden ist, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen?
114. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Köln)
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß das generelle Angebot der Spitzenverbände der Wirtschaft, über den Bedarf hinaus 30 000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, von den einzelnen Betrieben realisiert wird?
115. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD)
- Hält der Bundeskanzler seine Garantieerklärung für ausbildungsplatzsuchende Jugendliche auch angesichts des Zahlenverhältnisses von 353 000 gemeldeten Ausbildungsstellen gegenüber 451 000 Bewerbern aufrecht, und welche Maßnahmen gedenkt er zu ergreifen, um ein Deckungsverhältnis beider Größen zu erreichen?
116. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Was bedeutet konkret die Zusage von Bundeskanzler Kohl, daß im Herbst dieses Jahres alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten sollen, und wie ist die später hinzugefügte Einschränkung zu verstehen, diese Garantie solle für alle Jugendlichen gelten, die „ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind“ (Regierungserklärung vom 4. Mai 1983)?

117. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

In welchem Umfang hält die Bundesregierung es für zumutbar, von ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen mehr Mobilität zu verlangen, und wie weit würde die Bundesregierung dabei äußerstenfalls gehen?

Bonn, den 13. Mai 1983

